

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Schriftumsverzeichnis	2

A. Einführung und Grundlagen

I. Zum Begriff des Schulrechts	2
II. Das Schulrecht als Gegenstand der Rechts- und Erziehungswissenschaft	4
III. Das Schulverhältnis als Rechtsverhältnis	7
1. Das Schulverhältnis als besonderes Gewaltverhältnis	7
2. Der Vorbehalt des Gesetzes im Schulverhältnis	9
3. Handlungsspielräume der Verwaltung und gerichtliche Kontroll-dichte im Schulverhältnis	20
4. Exkurs: Das Spannungsverhältnis zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und der Grundrechtsmündigkeit der Schüler	26
IV. Zur Verteilung der Regelungskompetenzen für das Schulwesen	30
1. Zur Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern	30
2. Zu den Einflüssen des Völker- und Europarechts	35

B. Das Schulverhältnis im engeren Sinne Die Schulpflicht und das Recht auf Bildung

I. Historische Entwicklung	42
II. Die Pflicht zum Schulbesuch als legitimationsbedürftiger Grundrechtseingriff	44
1. Die Legitimation des staatlichen Bildungs- und Erziehungsanspruches	45
2. Die Schulpflicht und das Elternrecht	54
3. Die Schulpflicht und die Volljährigkeit	58
4. Zusammenfassung: Die Funktion der Schule im demokratischen Staat	59

III. Das Recht auf Bildung	60
1. Die normative Grundlage des Rechts auf Bildung	60
2. Die Reichweite des Rechts auf Bildung	62
IV. Einzelfragen	65
1. Die Adressaten der Schulpflicht und des Rechts auf Bildung	65
2. Der Beginn und das Ende der Schulpflicht	69
3. Die Reichweite der Schulpflicht	86
4. Die zwangsweise Durchsetzung der Schulpflicht	115
5. Nebenfolgen der Schulpflicht – Die Ordnung des inneren Schulbetriebes	118
6. Schulische Eignungs- und Leistungsbewertungen und die Folgen unzureichender Leistungen des Schülers	145
7. Der Schutz der Grundrechte der Schüler im Schulverhältnis	156
8. Der Zugang zu den einzelnen Schularten und Schulen	199
9. Der Anspruch auf Unterricht	218
10. Der Anspruch auf finanzielle Unterstützung	223

C. Die Organisation und Finanzierung des Schulwesens

I. Der Grundsatz der staatlichen Schulaufsicht	229
1. Die staatliche Aufsicht über das Schulwesen im Sinne des Art. 7 Abs. 1 GG	229
2. Die allgemeine Staatsaufsicht über Schulen	235
II. Die Schulhoheit des Staates	237
1. Die Festlegung und Konkretisierung der Bildungs- und Erziehungsziele	237
2. Die Festlegung der Unterrichtsfächer und der Inhalte des Unterrichts	240
III. Die Organisation des öffentlichen Schulwesens	257
1. Allgemeine Grundlagen	257
2. Das gegliederte Schulwesen	265
3. Die Errichtung, Auflösung und Zusammenlegung von Schulen	267
4. Die Organisation der Schulaufsicht im engeren Sinne	276
5. Schulische Selbstverwaltung, Schulprogramme und Autonomie der Einzelschule	282
6. Die innere Schulverfassung und die Mitwirkung der Beteiligten des Schulverhältnisses	285
7. Evaluation und Qualitätssicherung	300
IV. Besonderheiten des Lehrerdienstrechts	302
1. Die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte	302

2. Zur Geltung der Grundrechte für Lehrkräfte	311
3. Die Aufsichtspflicht	313
4. Die Annahme von Geschenken und sonstigen Leistungen	315
V. Staatliche Schulhoheit und Privatschulfreiheit	316
1. Der Begriff der Ersatzschule	319
2. Die Genehmigung als Ersatzschule	322
3. Die Anerkennung von Abschlüssen und Zeugnissen	341
VI. Die Finanzierung des Schulwesens	344
1. Die Zuständigkeit für die Finanzierung des Schulwesens	344
2. Budgetierung und der Haushalt der einzelnen Schule	346
3. Der Schulbau	354
4. Die laufenden Sachkosten des Schulbetriebes	355
5. Die Personalkosten	375
6. Die Finanzierung privater Ersatzschulen	377

D. Rechtsschutz im Schulverhältnis

I. Die Eröffnung des Rechtswegs zu den Verwaltungsgerichten	387
II. Die richtige Klageart	388
1. Die Klagearten im Einzelnen	389
2. Das Vorliegen eines Verwaltungsaktes als Voraussetzung für die Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	390
III. Die Klagebefugnis	392
IV. Das Vorverfahren und die Klagefristen	394
V. Die Verfahrensbeteiligten	396
VI. Das gerichtliche Verfahren (Aufklärungspflicht, Beweislast)	398
VII. Die gerichtliche Kontrolldichte / Inhalt der Entscheidung	398
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz	402
1. Das Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	403
2. Das Verfahren nach § 123 VwGO	404
IX. Vergleichsmöglichkeiten	405
Sachverzeichnis	407

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Schrifttumsverzeichnis	2

A. Einführung und Grundlagen

I. Zum Begriff des Schulrechts	2
II. Das Schulrecht als Gegenstand der Rechts- und Erziehungswissenschaft	4
III. Das Schulverhältnis als Rechtsverhältnis	7
1. Das Schulverhältnis als besonderes Gewaltverhältnis	7
2. Der Vorbehalt des Gesetzes im Schulverhältnis	9
a) Allgemeines zu den Grundlagen, dem Geltungsbereich und der Ausfüllung des Vorbehaltsbereichs	9
(1) Grundlagen: Rechtsstaatsprinzip, Demokratieprinzip, Grundrechtsregelungsvorbehalte	9
(2) Ansätze zur Konkretisierung der Reichweite des Vorbehaltes des Gesetzes: Die Wesentlichkeitstheorie	11
(3) Anforderungen an die Bestimmtheit der parlamentarischen Leitentscheidung	13
(4) Neue Formen der Gesetzgebung: Konditionale und finale Normen	15
b) Die Anwendung dieser Grundsätze auf das Schulverhältnis	16
3. Handlungsspielräume der Verwaltung und gerichtliche Kontrolldichte im Schulverhältnis	20
a) Handlungsspielräume der Verwaltung im Schulverhältnis	20
b) Gerichtliche Kontrolldichte im Schulverhältnis	22
(1) Allgemeines zur Reichweite der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG	23
(2) Die gerichtliche Kontrolldichte im Schulverhältnis	24
4. Exkurs: Das Spannungsverhältnis zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und der Grundrechtsmündigkeit der Schüler	26
IV. Zur Verteilung der Regelungskompetenzen für das Schulwesen	30
1. Zur Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Ländern	30

a) Der Grundsatz der Bundestreue und die Selbstkoordination der Länder	31
b) Besonderheiten in Bezug auf das berufliche Schulwesen	32
c) Reformansätze	35
2. Zu den Einflüssen des Völker- und Europarechts	35
a) Nationales Bildungswesen und Völkerrecht	35
b) Nationales Bildungswesen und Europarecht	38

*B. Das Schulverhältnis im engeren Sinne
Die Schulpflicht und das Recht auf Bildung*

I. Historische Entwicklung	42
II. Die Pflicht zum Schulbesuch als legitimationsbedürftiger Grund- rechtseingriff	44
1. Die Legitimation des staatlichen Bildungs- und Erziehungsan- spruches	45
a) Der Bildungs- und Erziehungsanspruch des Staates und der Grundsatz der staatlichen Schulaufsicht	46
b) Der Bildungs- und Erziehungsanspruch des Staates und das Selbstentfaltungsrecht der Schüler	48
c) Der Bildungs- und Erziehungsanspruch des Staates und die Berufsfreiheit der Schüler	49
d) Die Schulen als Keimzelle des (demokratischen) Gemeinwesens	51
2. Die Schulpflicht und das Elternrecht	54
3. Die Schulpflicht und die Volljährigkeit	58
4. Zusammenfassung: Die Funktion der Schule im demokratischen Staat	59
III. Das Recht auf Bildung	60
1. Die normative Grundlage des Rechts auf Bildung	60
2. Die Reichweite des Rechts auf Bildung	62
IV. Einzelfragen	65
1. Die Adressaten der Schulpflicht und des Rechts auf Bildung	65
2. Der Beginn und das Ende der Schulpflicht	69
a) Die allgemeine Schulpflicht	70
(1) Der Beginn der allgemeinen Schulpflicht	70
(a) Der Regelfall der Einschulung mit 6 Jahren	70
(b) Die vorzeitige Einschulung	71
(c) Die Zurückstellung vom Schulbesuch	75
(d) Exkurs: Früherkennung und die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule	76

(2) Das Ende der allgemeinen Schulpflicht	77
b) Die Berufsschulpflicht	79
(1) Berufsschulpflicht für Jugendliche im Ausbildungsverhältnis	79
(2) Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis	80
c) Sonderformen der Schulpflicht	81
(1) Die Pflicht zum Besuch einer Schule	82
(2) Die Pflicht zum Besuch eines Kindergartens	82
(3) Die Pflicht zum Besuch besonderer Vorbereitungsmaßnahmen zur Herstellung der Schulfähig- keit	84
3. Die Reichweite der Schulpflicht	86
a) Die Pflicht zur Teilnahme an verbindlichen Schulveranstaltungen	87
b) Die Pflicht zum Besuch des Religions- oder Ethikunterrichts	88
(1) Die Funktion des Religionsunterrichts	88
(2) Der Anwendungsbereich des Art. 7 Abs. 3 GG	89
(3) Der Gegenstand und die Inhalte des Religionsunterrichts	91
(4) Die Pflicht zur Teilnahme am Religionsunterricht und Art. 7 Abs. 2 GG	94
(5) Die Pflicht zum Besuch eines Ersatzfaches für den Religionsunterricht	96
(6) Exkurs: Das Recht auf Religionsunterricht	98
(a) Rechte der Religionsgemeinschaften	98
(b) Rechte der Weltanschauungsgemeinschaften	102
(c) Rechte der Eltern und Schüler	103
c) Die Beurlaubung vom Schulbesuch	104
(1) Die Beurlaubung für die Teilnahme an Demonstrationen und Streikaktionen	105
(2) Die Beurlaubung aus religiösen Gründen	105
(a) Die Beurlaubung aus Anlass religiöser Feste und Feiertage	105
(b) Die Befreiung vom Sport- und Schwimmunterricht	106
(c) Die Pflicht zur Teilnahme am Sexualkunde- und Biologieunterricht	108
(3) Die Beurlaubung aus familiären und sonstigen Gründen	110
d) Die Befreiung von der Schulpflicht	111
e) Das Ruhen der Schulpflicht	113
f) Exkurs: Die Pflicht zur Teilnahme an Schulversuchen	114
4. Die zwangsweise Durchsetzung der Schulpflicht	115

5. Nebenfolgen der Schulpflicht – Die Ordnung des inneren Schulbetriebes	118
a) Die Schulordnung	119
(1) Allgemeines	119
(2) Die Kleiderordnung	121
(3) Sprachregelungen in der Schule	123
b) Pädagogische Massnahmen und Ordnungsmassnahmen als Sanktionen für das Fehlverhalten eines Schülers	124
(1) Zur Abgrenzung von pädagogischen Massnahmen und förmlichen Ordnungsmassnahmen	125
(2) Der Vorrang pädagogischer Maßnahmen	129
(3) Die förmlichen Ordnungsmassnahmen	132
(a) Allgemeines	132
(b) Der schriftliche Verweis	138
(c) Das Nachsitzen	138
(d) Die Überweisung in eine Parallelklasse	139
(e) Der zeitweise Ausschluss vom Unterricht	139
(f) Die zwangsweise Beendigung des Schulverhältnisses	141
(4) Die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	144
6. Schulische Eignungs- und Leistungsbewertungen und die Folgen unzureichender Leistungen des Schülers	145
a) Die Rechtsgrundlagen schulischer Eignungs- und Leistungsbewertungen	146
b) Das Verfahren zur Ermittlung der Leistungen des Schülers	147
(1) Die Festlegung des Prüfungsinhalte und des Prüfungsverfahrens	148
(2) Verfahrensfehler und ihre Folgen	150
c) Die Bewertung der Leistungen des Schülers	152
d) Die Folgen unzureichender Leistungen des Schülers	153
(1) Nichtversetzung	154
(2) Die Entlassung aufgrund unzureichender Leistungen	155
7. Der Schutz der Grundrechte der Schüler im Schulverhältnis	156
a) Die allgemeine Handlungsfreiheit und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	156
b) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	157
(1) Die Erhebung und sonstige Verarbeitung von Daten innerhalb der Schule	158
(a) Angaben zur Person	159
(b) Die Pflicht zur Teilnahme an Untersuchungen und der Umgang mit Informationen über den Gesundheitszustand der Schüler	160
(c) Sonstige Informationen über den Schüler und seine Eltern	163

(2) Die Weitergabe von Daten an Dritte	164
(a) Die Weitergabe von Daten an die Erziehungsbe- rechtigten	165
(b) Die Weitergabe von Daten an Arbeitgeber und Ausbilder	167
(c) Die Weitergabe von Daten an Außenstehende	168
(3) Die Weitergabe durch Dritte erhobener Daten an die Schule	169
(4) Die Informationsansprüche des Schülers und seiner Eltern ..	170
c) Das Recht auf freie Meinungsäußerung	172
(1) Allgemeine Beschränkungen	172
(2) Besonderheiten in Bezug auf Schülerzeitungen und sonstige Publikationen	176
(a) Schulzeitungen und Schülerzeitungen	176
(b) Sonstige Druckschriften und Aushänge	178
(c) Die Meinungsfreiheit außerhalb der Schule/ Ehrverletzende Äußerungen	179
d) Die Versammlungs-, Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit (einschließlich der Schülerstreiks)	180
(1) Die Versammlungsfreiheit in der Schule	180
(2) Die Vereinigungsfreiheit in der Schule	182
e) Die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit	183
(1) Grundlagen	183
(2) Religiös geprägtes Verhalten von Schülern	187
(a) Glaubenswerbung	188
(b) Religiös geprägte Bekleidung	189
(c) Zum Anspruch auf Befreiung von schulischen Pflichtveranstaltungen	190
(3) Religiöse Bezüge in öffentlichen Schulen	191
(a) Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Schulen ..	191
(b) Besonderheiten in Bezug auf den Religionsunterricht	194
(c) Besonderheiten in Bezug auf den Ethikunterricht	195
(4) Das Verhalten der einzelnen Lehrkräfte	197
8. Der Zugang zu den einzelnen Schularten und Schulen	199
a) Die Verpflichtung des Staates zur Errichtung eines differen- zierten Bildungssystems	199
b) Der Anspruch auf Zulassung zu den verschiedenen Schularten ..	201
(1) Die persönliche Eignung als Zulassungsschranke	201
(2) Konfessionelle Bindungen	204
(3) Die Pflicht zum Besuch von Sonder- oder Förderschulen	205
(4) Exkurs: Die zwangsweise Zuweisung zu einer bestimmten Schulart	208

c) Der Zugang zu einer bestimmten Schule und die Sprengelpflicht	209
(1) Die Sprengelpflicht	210
(a) Zulässigkeit der Sprengelpflicht	210
(b) Ausnahmen von der Sprengelpflicht	211
(c) Die Zuständigkeit für die Festlegung der Schulbezirke ...	213
(2) Umgang mit Kapazitätsengpässen	214
d) Die Zulassung zu bestimmten Fächern und Kursen innerhalb der Schule	217
9. Der Anspruch auf Unterricht	218
a) Der Anspruch auf ein bestimmtes Unterrichtpensum	218
b) Der Anspruch auf bestimmte Fördermassnahmen	220
c) Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht	222
10. Der Anspruch auf finanzielle Unterstützung	223

C. Die Organisation und Finanzierung des Schulwesens

I. Der Grundsatz der staatlichen Schulaufsicht	229
1. Die staatliche Aufsicht über das Schulwesen im Sinne des Art. 7 Abs. 1 GG	229
a) Der Begriff der Aufsicht des Staates in Art. 7 Abs. 1 GG	229
b) Der Begriff der Schulwesens in Art. 7 Abs. 1 GG	233
2. Die allgemeine Staatsaufsicht über Schulen	235
II. Die Schulhoheit des Staates	237
1. Die Festlegung und Konkretisierung der Bildungs- und Erziehungsziele	237
2. Die Festlegung der Unterrichtsfächer und der Inhalte des Unterrichts	240
a) Der Vorbehalt des Gesetzes und die Bestimmung der Unterrichtsinhalte	241
b) Vorgaben in Bezug auf einzelne Unterrichtsfächer	246
(1) Politischer Unterricht/Gemeinschafts- bzw. Staatsbürgerkunde	247
(2) Fremdsprachen	248
3. Die Festlegung von Bildungsstandards	250
4. Die Auswahl der Lehr- und Lernmittel	252
a) Die Zulassung und Auswahl von Schulbüchern	252
b) Die Verwendung sonstiger Unterrichtsmaterialien	254
5. Die Gestaltung des Unterrichts	255

III. Die Organisation des öffentlichen Schulwesens	257
1. Allgemeine Grundlagen	257
a) Die Organisation des öffentlichen Schulwesens und die Grundrechte der Schüler und ihrer Eltern	257
b) Der Vorbehalt des Gesetzes in Bezug auf die Organisation des öffentlichen Schulwesens	260
c) Das öffentliche Schulwesen als Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft	261
2. Das gegliederte Schulwesen	265
3. Die Errichtung, Auflösung und Zusammenlegung von Schulen	267
a) Die kommunale Schulentwicklungsplanung	267
b) Die Errichtung und Erweiterung von Schulen	270
c) Die Schließung, Auflösung und Verlegung von Schulen und Klassenstufen	271
d) Sonderprobleme bei öffentlichen Bekenntnisschulen	275
4. Die Organisation der Schulaufsicht im engeren Sinne	276
a) Die Schulaufsichtsbehörden	277
(1) Organisation	277
(2) Aufgaben	277
b) Die Schulleiter	279
5. Schulische Selbstverwaltung, Schulprogramme und Autonomie der Einzelschule	282
6. Die innere Schulverfassung und die Mitwirkung der Beteiligten des Schulverhältnisses	285
a) Formen der Mitwirkung im Schulwesen	286
b) Mitwirkungsrechte und staatliche Schulaufsicht	287
c) Mitwirkungsrechte und Demokratieprinzip	289
d) Mitwirkungsrechte und Grundrechte	293
e) Einzelfragen der Mitwirkung	294
(1) Zum Begriff der Eltern	294
(2) Grundsätze für Wahlen und das Verfahren innerhalb der Mitwirkungsgremien	296
(a) Das Stimmrecht der Elternvertreter	297
(b) Die Organisation und Durchführung von Gremien- sitzungen	297
(3) Die Zusammenarbeit zwischen den Gremien und der Schulleitung	298
(4) Die Zuständigkeiten der Gremien	299
7. Evaluation und Qualitätssicherung	300
IV. Besonderheiten des Lehrerdienstrechts	302
1. Die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte	302
a) Die rechtliche Begründung der pädagogischen Freiheit	303
b) Die Reichweite der pädagogischen Freiheit	307

2. Zur Geltung der Grundrechte für Lehrkräfte	311
3. Die Aufsichtspflicht	313
4. Die Annahme von Geschenken und sonstigen Leistungen	315
V. Staatliche Schulhoheit und Privatschulfreiheit	316
1. Der Begriff der Ersatzschule	319
2. Die Genehmigung als Ersatzschule	322
a) Das Postulat der Gleichwertigkeit	322
(1) Die Gleichwertigkeit der Lehrziele	323
(2) Die Gleichwertigkeit der Einrichtungen	325
(3) Die Gleichwertigkeit in Bezug auf die Ausbildung der Lehrkräfte	326
b) Das Verbot der Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern	328
c) Die Sicherung der wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung der Lehrkräfte	330
d) Besonderheiten für die Genehmigung privater Volksschulen	331
(1) Privatschulen mit einem besonderen pädagogischen Profil ..	333
(2) Private Gemeinschaftsschulen, Bekenntnis- oder Welt- anschauungsschulen	337
e) Die Fortdauer der Genehmigungsvoraussetzungen	339
f) Exkurs: Die anerkannte Ergänzungsschule	340
3. Die Anerkennung von Abschlüssen und Zeugnissen	341
a) Der Status der anerkannten Ersatzschule	341
b) Die Anerkennung der Abschlussprüfungen einer Ersatzschule ..	343
VI. Die Finanzierung des Schulwesens	344
1. Die Zuständigkeit für die Finanzierung des Schulwesens	344
2. Budgetierung und der Haushalt der einzelnen Schule	346
a) Die Festlegung und Verwaltung des Budgets	346
b) Budgetierung, Vergaberecht und Preisbindung für Schul- bücher	348
c) Sponsoring, Spenden und Fördervereine	350
(1) Sponsoring und Werbung an der Schule	350
(2) Spenden zugunsten der Schule	352
(3) Die Rolle der Schulfördervereine	353
3. Der Schulbau	354
4. Die laufenden Sachkosten des Schulbetriebes	355
a) Die Ausstattung der Schule mit Lehrmitteln	355
b) Die Ausstattung der Schule mit Lernmitteln und die Lern- mittelfreiheit	356
(1) Die Lernmittelfreiheit und die leihweise Überlassung von Lernmitteln	356

(2) Die Beteiligung der Schüler und ihrer Eltern an den Kosten für Lernmittel	358
(a) Lernmittelfreiheit und Sozialhilfe sowie andere staat- liche Transferleistungen	359
(b) Die Bemessung der Leihgebühren und des Bücher- geldes	361
c) Die Kosten für außerunterrichtliche Veranstaltungen der Schule	362
d) Die Kosten der Schülerbeförderung	363
(1) Grundsätze des Schülerfahrkostenrechts	363
(2) Der Schulweg (Entfernung, Zumutbarkeit, Gefährlichkeit) ...	366
(3) Die nächstgelegene Schule	368
(4) Beförderung oder Kostenerstattung	371
(5) Die Eigenbeteiligung der Schüler und ihrer Eltern	373
(6) Die Erstattung fiktiver Beförderungskosten	374
5. Die Personalkosten	375
6. Die Finanzierung privater Ersatzschulen	377
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	377
b) Die Voraussetzungen der Förderung	378
c) Der Umfang der Förderung	380
(1) Die Pflicht zur Gewährleistung des Existenzminimums	381
(2) Das Erfordernis einer hinreichenden Eigenbeteiligung des Schulträgers	382
(3) Möglichkeiten und Grenzen einer weitergehenden För- derung der Privatschulen	384
d) Exkurs: Die öffentliche Förderung privater Ergänzungs- schulen	385

D. Rechtsschutz im Schulverhältnis

I. Die Eröffnung des Rechtswegs zu den Verwaltungsgerichten	387
II. Die richtige Klageart	388
1. Die Klagearten im Einzelnen	389
2. Das Vorliegen eines Verwaltungsaktes als Voraussetzung für die Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	390
III. Die Klagebefugnis	392
IV. Das Vorverfahren und die Klagefristen	394
V. Die Verfahrensbeteiligten	396
VI. Das gerichtliche Verfahren (Aufklärungspflicht, Beweislast)	398
VII. Die gerichtliche Kontrolldichte / Inhalt der Entscheidung	398
VIII. Vorläufiger Rechtsschutz	402
1. Das Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	403

2. Das Verfahren nach § 123 VwGO	404
IX. Vergleichsmöglichkeiten	405
Sachverzeichnis	407